

## Update aus dem Bundestag – 5/2017

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

### **Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!**

Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich stimmt vorsichtig optimistisch, dass die Gegner des vereinten Europas im Mai eine Niederlage erleiden werden. Ein Sieg Emmanuel Macrons im zweiten entscheidenden Wahlgang wäre eine gute Nachricht für Europa. Denn der von der Rechtspopulistin Marine Le Pen propagierte nationale Egoismus ist eine fundamentale Bedrohung für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Wir stellen uns daher weiter mit aller Kraft einer Spaltung Europas entgegen. Damit dies gelingt, müssen die EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam dringende Herausforderungen wie die Jugendarbeitslosigkeit oder den Kampf gegen den Terror erfolgreich anpacken. Und gleichzeitig einen Weg zur Fortentwicklung der EU finden. Dies gilt insbesondere auch für die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens. Nur wenn die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten auch hier geschlossen agieren, bleiben die Interessen der Europäerinnen und Europäer gewahrt.

### **Demokratische Kräfte in der Türkei stärken – türkischstämmige MitbürgerInnen nicht ausgrenzen**

Nach dem sehr knappen Ausgang des Referendums in der Türkei bin ich wie viele andere enttäuscht, dass sich 51,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler für ein autoritäres Präsidialsystem ausgesprochen haben. Allerdings bedeutet das knappe Ergebnis auch, dass 23 Millionen Türcinnen und Türken gegen die Verfassungsänderung

votiert haben. In dieser schwierigen Situation setzen wir alles daran, die pro-europäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei zu stärken.

Am Donnerstag habe ich noch mit einer Reihe von Wirtschaftsvertretern und Unternehmern aus der Türkei in der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe darüber diskutiert, wie sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei gestalten soll. Wir haben dabei sehr deutlich gemacht, dass es nicht ohne Folgen bleibt, wenn der türkische Staatspräsident die deutsche Politik mit Nazi-Vergleichen überzieht. Damit wollen wir auch den türkischen Wirtschaftsvertretern klar machen, dass eine Verschlechterung der politischen Beziehungen nicht ohne Einfluss auf ihre wirtschaftliche Betätigung bleibt.

Bei den in Deutschland abgegebenen Stimmen hat sich eine hohe Zahl für die Einführung des Präsidialsystems ausgesprochen. Aber wir sollten uns vor Augen halten, dass von den 1,4 Millionen in Deutschland lebenden Türken nicht einmal die Hälfte abgestimmt hat. Davon haben zwar 63 Prozent für Erdogans Präsidialsystem votiert. Das sind bezogen auf die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden türkischstämmigen Einwohner lediglich 13 Prozent. Deshalb sollten wir uns mit vorschnellen Urteilen über die „Türken“ zurückhalten. Es muss uns dennoch zu denken geben, wenn junge, in Deutschland aufgewachsene Menschen sich scheinbar für ein autoritäres System begeistern.

Die denkbar schlechteste Antwort darauf wäre es jedoch, die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft neu zu führen, wie es Teile der CDU tun,

um in Wirklichkeit eine ausländerfeindliche Stimmung im Landtags- und Bundestagswahlkampf zu produzieren. Die doppelte Staatsbürgerschaft betrifft jährlich nur wenige zehntausend junge Menschen bis zum 23. Lebensjahr. Noch wichtiger aber: Es gibt im Bundestag keine Mehrheit für eine Änderung des von der Großen Koalition gemeinsam verabschiedeten Gesetzes.

Ähnlich ist es übrigens mit dem kommunalen Wahlrecht für nicht EU-Bürger. Die Benachteiligung eines hier geborenen (!) Türken gegenüber einem hier seit nur kurzer Zeit lebenden EU-Bürger bei Kommunalwahlen fördert jedenfalls nicht die Integration. Ich bin sicher, wir würden die Debatte nicht so führen, ginge es nur um die bald nicht mehr der EU angehörenden Briten.

Statt auszugrenzen, müssen wir dafür sorgen, dass alle hier lebenden Türkinnen und Türken ein Teil unserer Gesellschaft werden.

### **Plenarrede zu Steueroasen in Deutschland**

Am Donnerstag habe ich im Plenum zu unseren Gesetzentwürfen gesprochen, mit denen wir Maßnahmen gegen Steuerumgehung und Steueroasen treffen. Unternehmen nutzen immer wieder rechtliche Schlupflöcher, um ihre Steuerlast möglichst weit zu reduzieren. Dies tun sie, indem sie ihre Gewinne unternehmensintern – meist mittels Tochtergesellschaften – in Länder verschieben, in denen sie besonders niedrige Steuern zahlen müssen, eben in Steueroasen. Gerade große und internationale Konzerne betreiben solche Gestaltungsmodelle mit hoher Energie.

Die jetzt beschlossenen Gesetze erschweren solche Gestaltungen im internationalen Kontext erheblich. Sie sind nur die jüngsten Teile einer ganzen Reihe von Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit, die von der Großen Koalition auf den Weg gebracht wurden. Wir können mit Recht sagen: Selten hat eine Bundesregierung so viel gegen internationale Steuergestaltung getan, wie wir. Dafür hat die SPD gesorgt.

Ich habe in meiner Rede jedoch auf einen Aspekt hingewiesen, den wir spätestens in der kommenden Legislaturperiode angehen müssen: „deutsche“ Steueroasen. Auch hierzulande nutzen Unternehmen Möglichkeiten, ihre Gewinne mittels Tochtergesellschaften innerhalb Deutschlands so zu verschieben, dass sie möglichst wenig Steuern zahlen.

Hintergrund ist hier die Gewerbesteuer, deren Höhe von jeder Kommune selbst festgelegt wird. Ein krasses Beispiel ist Leverkusen, eine wirtschaftlich starke Stadt inmitten einer boomenden Region. Trotzdem sind die Kassen in Leverkusen mehr oder weniger leer. Und dass, obwohl die in

Leverkusen ansässige Bayer AG Milliardengewinne verzeichnet.

Wie das sein kann? Große Unternehmen nutzen Patente und Lizenzen, um ihre Gewinne in Kommunen zu verschieben, in denen die Gewerbesteuer-Hebesätze niedriger sind.

Wir müssen deshalb den Mindesthebesatz bei der Gewerbesteuer, der sich heute bei 200 v. H. bewegt, anheben – 300 v. H. ist mein Vorschlag. Außerdem sollen die Freiberufler auch Gewerbesteuern zahlen (die sie mit ihrer Einkommensteuer verrechnen können), damit die finanzielle Basis der Kommunen stabiler wird.

→ [Meine ganze Rede kann man online unter diesem Link sehen.](#)

### **Kommunen unterstützen Präventionspolitik**

In dieser Woche haben wir in der AG Kommunalpolitik mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Extremismus-Prävention diskutiert. In dem Papier, an dem ich auch mitgearbeitet habe, geht es speziell um Salafismus- und Islamismusbekämpfung. Wir schlagen konkrete Maßnahmen vor, um die politische Bildung, die Präventionsarbeit vor Ort in den Kommunen sowie im Netz gezielt zu stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Demokratiefördergesetz ein, um bundesweit verlässliche Rahmenbedingungen für die Präventionsarbeit zu schaffen. Dieses scheitert zurzeit am Widerstand unseres Koalitionspartners.

Auf Betreiben der SPD-Bundestagsfraktion sind die Mittel für das Programm „Demokratie leben!“ auf über 100 Mio. Euro mehr als verdreifacht worden. Die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2018 sehen weitere 100 Mio. Euro für ein Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus vor. Wir wollen diese Programme zur Vorbeugung von Gewalt weiter verstetigen und jede Form von Extremismus adressieren – ob islamistisch, von rechts oder von links.

### **Energiewende fortsetzen**

Außerdem haben wir über Mieterstrom und Netzentgeltmodernisierung und die Auswirkungen auf die Stadtwerke debattiert: Viele Wohnungsunternehmen würden gerne Solaranlagen auf Hausdächern betreiben; auch moderne Blockheizkraftwerke produzieren „nebenbei“ Strom. Aus steuerrechtlichen Gründen ist es für die Wohnungsunternehmen jedoch finanziell nachteilig, diesen „grünen“ Strom ins allgemeine Netz einzuspeisen – obwohl es doch eigentlich unser Ziel ist, mehr Strom aus regenerativen Quellen zu produzieren. Die Bundesregierung verabschiedete am

Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Förderung dieses sogenannten Mieterstroms, der die bestehenden Probleme adressiert. Um die Investition für Vermieter attraktiv zu machen, sollen sie für den Strom einen Zuschuss bekommen.

### Schulgruppen aus dem Kreis Warendorf in Berlin



Der Höhepunkt jedes Besuchs im Bundestag ist die Besichtigung der Reichstagskuppel. Hier mit den Schülern der Realschule Ennigerloh.

In dieser Woche habe ich gleich an zwei Tagen Schulgruppen aus dem Kreis Warendorf in Berlin im Bundestag empfangen. Zum einen das Berufskolleg Beckum mit 25 Azubis und zum anderen die Realschule Ennigerloh mit 85 Personen.

Nach einem Vortrag im Plenum über die Grundlagen des deutschen Parlamentarismus habe ich die Schülerinnen und Schüler zu einem Gespräch getroffen und mich ihren Fragen gestellt – zu aktuellen politischen Themen, aber auch zum Alltag der parlamentarischen Arbeit. Mir ist dieser Austausch sehr wichtig, denn so erfahre ich aus erster Hand, was die Jugendlichen aktuell interessiert und wie ihr Blickwinkel auf die Politik ist.

### SPD schafft mehr Plätze und bessere Qualität bei der Kinderbetreuung

Ein gutes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter ist ein wichtiger Grundstein für gleiche Start- und Bildungschancen. Es ermöglicht gleichzeitig den Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich daher in den vergangenen Jahren mit Erfolg dafür eingesetzt, dass der Bund die Länder finanziell unterstützt, die benötigte Betreuungsinfrastruktur bereitzustellen: In dieser Legislaturperiode fördert der Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 550 Millionen Euro. Für NRW sind das konkret fast 120 Millionen Euro. Zudem erhalten die Länder für diesen Zweck die frei werdenden Mittel des ehemaligen Betreuungsgeldes, rund zwei Milliarden Euro bis 2018.

In dieser Woche bringt der Bundestag nun auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion und Familienministerin Manuela Schwesig ein Gesetz auf den Weg, mit dem der Bund bis 2020 nochmals gut 1,1 Milliarden Euro in den Ausbau von Kinderbetreuung investiert. NRW profitiert dabei und erhält nochmals 243 Millionen Euro. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen schaffen wir damit 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren. Mit diesen Mitteln wird erstmalig auch die Betreuung von Kindern über drei Jahren bis zum Schuleintritt gefördert. Wir verbessern zudem gezielt die Qualität der Angebote, z. B. durch bessere Gesundheitsversorgung und Bewegungsförderung.

### Internationales Parlamentsstipendium

Im Rahmen des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS), leistet Stipendiatin Ludwika Wituszynska aus Polen seit einigen Wochen ihr Praktikum in meinem Bundestagsbüro ab. Während ihres dreimonatigen Aufenthalts in Bundestag lernt sie die Arbeit eines Abgeordneten in der Praxis kennen und bekommt einen Einblick in die Betriebsweise des deutschen Parlaments.



Mit Edelgard Bulmahn und Ludwika Wituszynska bei der Auftaktveranstaltung des IPS am 9.3.2017 im Bundestag. Foto: Marc-Steffen Unger.

Ludwika kommt aus Warschau, wo sie ein Masterstudium in angewandter Linguistik, Schwerpunkt Englisch und Deutsch, absolvierte. Sie hat bereits Praktika in der polnischen Botschaft in London und der Warschauer UNO-Abteilung absolviert sowie am NATO-Gipfel 2016 teilgenommen.

„Ich freue mich sehr, im Herzen einer der wichtigsten Demokratien der Welt zu sein. Das ganze MdB-Büro hat mich sehr freundlich aufgenommen. Ich bin gespannt auf meine Zeit in Berlin und hoffe, dass ich sowohl viel lernen, als auch etwas von mir hinzufügen kann.“

### Wirtschaftsjunioren im Bundestag

Diese Woche begleitete mich Lars Pawellek durch den Bundestag, um mehr über meine Arbeit in Berlin zu erfahren. Lars ist Leiter der Softwareentwicklung des Unternehmens GML Gesellschaft für

mobile Lösungen in Warendorf und Mitglied der Wirtschaftsunioren. Dieser Verband von etwa 10.000 jungen Unternehmern und Führungskräften führt jedes Jahr das Projekt Know-How-Transfer durch, durch das der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft gefördert werden soll.

Bereits im letzten Jahr konnte sich Lars im Rahmen dieses Projekts einen Einblick verschaffen und auch ich habe mir bei einem Besuch bei der GML ein Bild von seiner Arbeit machen können. In dieser Woche begleitete er mich unter anderem in die verschiedenen Arbeitsgruppen und Ausschüsse und konnte sogar an der Fraktionssitzung der SPD teilnehmen.



„Ich freue mich, dass ich Bernhard in dieser Woche nochmals begleiten durfte. Ich finde es total faszinierend, hautnah zu erleben, mit welchem Einsatz und welcher Begeisterung die Abgeordneten hier in Berlin ihre Themen vertreten und sich für eine gute Sache einsetzen. Auch wenn es zwischen den einzelnen Fraktionen natürlich Differenzen in der Sache gibt, merkt man doch ganz deutlich, dass alle Abgeordneten für die Demokratie kämpfen.“

**Gerne könnt Ihr die hier dargestellten Informationen weitergeben und diskutieren.**

Mit den besten Grüßen

Euer

### Terminankündigungen:

**Kaffee  
mit**

**Katarina Barley**

**Am Mittwoch, den 3. Mai, wird die Generalsekretärin der SPD, Dr. Katarina Barley nach Beckum**

**in die Kaffeerösterei roestkultur kommen und mit uns in der Zeit von 13.30 bis 14.30 Uhr**

diskutieren, einen Blick auf die bevorstehenden Wahlen werfen und über die Themen sprechen, die unsere Gesellschaft bewegen.

Mit dabei sein werden auch unsere beiden Landtagskandidatinnen,

**Annette Watermann-Krass, MdL und Andrea Kleene-Erke.**

Wir laden Euch zu einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen ein und freuen uns auf Euren Besuch.

Allerdings: Wegen der begrenzten Platzzahl **bitten wir um Eure Anmeldung,**

**entweder telefonisch unter 02382 9144 0 oder via Email unter [warendorf.nrw@spd.de](mailto:warendorf.nrw@spd.de)**

### **Hannelore Kraft in Ahlen**

**Am Freitag, den 5. Mai, ist die Ministerpräsidentin und SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft in Ahlen zu Gast.**

Sie wird am **Freitag um 12:30 Uhr auf dem Marienplatz** erwartet. Dort wird sie aktiv die beiden Landtagskandidatinnen Andrea Kleene-Erke (Nordkreis) und Annette Watermann-Krass unterstützen und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Bist Du dabei?

### **Konferenz „Mobilität im Münsterland“ mit Verkehrsminister Michael Groschek**

Die Münsterland SPD lädt ein: Am Montag, den 8.

Mai ins Factory Hotel in Münster

Was verändert sich in den kommenden Jahren: Welche Folgen haben Digitalisierung, Elektromobilität, demografischer Wandel, Klimaschutz und die Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt auf unsere Mobilität. Ist das Handy unsere künftige Mobilitätszentrale? Bewegen wir uns in eine Sackgasse? Haben wir Vorstellungen von der Mobilität der Zukunft?

**Diskutieren Sie mit uns und mit:**

Michael Groschek, NRW-Verkehrsminister  
Dr. Antonia Graf, Institut für Politikwissenschaft und Leiterin der Forschungsgruppe DynaMO  
Ulrike Mühlberg, Deutschen Post AG

Robert von Olberg, Vorsitzender SPD Münster  
**und unseren Abgeordneten aus Land und Bund**  
Anmeldung: [www.spd-muenster.de/anmeldung](http://www.spd-muenster.de/anmeldung)

**Landtagswahl am 14. Mai  
Beide Stimmen für die SPD!**